



**Satellitenveranstaltung zum
Kongress Armut und Gesundheit
„Der ÖGD, ein moderner Public Health-Dienst“**

Montag, den 21. März 2022

**Dokumentation
Workshop 3 „Integrierte Zusammenarbeit: Health in All Policies“**

Teilnehmende: 50 Personen

Beiträge: Dr. Thomas Claßen & Simone Pietrasch-Johimski

Ergebnisse der Diskussion in diesem Workshop:

Was braucht der ÖGD, um die Aufgaben zur integrierten Zusammenarbeit ausfüllen zu können? Welche Schritte müssten dazu als erstes erfolgen?

Wer kann die Modernisierung des ÖGDs bzgl. der integrierten Zusammenarbeit in welcher Form vorantreiben?

- Neben finanziellen Mitteln braucht es Kooperationspartner – „manpower“: Ziel soll es sein, über den Förderzeitraum hinweg, das Vorhaben weiterzuverfolgen, auch wenn eine mögliche GKV-Finanzierung wieder ausläuft.
- Eine Anschlussfinanzierung ist nicht an erster Stelle zu überlegen – idealerweise werden Mittel aus der Kommune in die Hand genommen, um mindestens eine Stelle zur Gesundheitsplanung, Gesundheitsförderung und Prävention zu finanzieren.
- Eine intrakommunale Zusammenarbeit zwischen Sozial-, Gesundheits-, Stadt- und Umweltplanung ist unerlässlich, dies ist noch nicht in allen Kommunen gegeben.
- Der ÖGD muss auf kommunaler Ebene unterstützt werden. Der Pakt ÖGD sollte bis 2025 eine hilfreiche Grundlage für die Kommunen bieten.
- Eine Zweiteilung zwischen Infektionsschutzpflichtaufgaben und Gesundheitsförderung und Prävention kann hilfreich sein. Hierzu braucht es verschiedene Fachkräfte vor Ort und nicht nur auf übergeordneter Ebene.
- Auf Landesebene können die Landesvereinigungen beispielsweise bei Qualifizierungsmaßnahmen und Netzwerkaufbau unterstützen.
- Bundesländer und der Bund sollten dieses Thema mit voranbringen und die Kommunen unterstützen. Jede Ebene benötigt einen Auftrag zur integrierten

Zusammenarbeit. Gegebenenfalls ist dies eine Aufgabe für das neue Bundesinstitut für Gesundheit. Eine Koordinierung wie im Bereich der Frühen Hilfen könnte das neue Bundesinstituts ebenfalls übernehmen.

- Planer*innen benötigen einen Auftrag von „oben“ für eine gemeinsame Planung.
- Jede*r Planer*innen selbst arbeitet integriert, dies müsste von Anfang an zusammen gedacht werden.
- Zum Erreichen der Zielgruppen in der Kommune: Die Bedarfe können nur über einen direkten Austausch in Erfahrung gebracht werden. Hier hilft es zu wissen, wer auch von anderen Fachkräften und Partnern an den Tisch geholt werden muss.
- Zum Bereich der Daseinsvorsorge/Daseinsfürsorge. Wichtig bei der intersektoralen Zusammenarbeit ist es die gemeinsame Sprache zu finden. Es sollte angeregt werden, den Bereich mitzudenken. Die Frage ist, wie stark das Thema Gesundheitsförderung dort hinterlegt. Auch hier kann das neue Bundesinstitut eine führende Rolle übernehmen.